

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementpreis: Einzel-Nr. 12 - Mt. Durch Austräger 60. - 11 pro Woche. Durch die Post 80. - pro Monat 1.80. Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis 5.- 6. Nachmittagsproduktionsgenossenschaft, d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81069. - Fernsprech-Anschluss Ring Nr. 4897

Freitag, 17 November 1922

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Mittelzeile ober oder unter 10. - Mt. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 Mt. Kleinanzeigen per Wort 1.50 Mark. - Klebplakate: Die Mittelzeile 8 Spalten ober oder unter 10. - Mt.

Generalstreik in Düsseldorf!

Die Gewerkschaftsführer sehen sich gezwungen, den „wilden“ Streik zu sanktionieren! Neue Vorstöße der dortigen Unternehmer!

Düsseldorf, 14. November.

Als Antwort auf das am Vornachmittag des 14. November von der Schupo angeordnete Blutbad hat die Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte und des Gewerkschaftsbundes folgenden Beschlüssen:

Die spontan ausgetretene Streikbewegung wird durch die Gewerkschaften anerkannt und in die Hand genommen werden.

Es wird der sofortige Generalstreik beschlossen für Düsseldorf und die Umgebung.

Der Beschluss wird gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag eines Genossen auf Einberufung eines Reichsbetriebsräte-Kongresses durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wurde mit allen Stimmen angenommen. Die Vorschläge der Kommunistischen Partei für die Kontrollmaßnahmen sollen von der BSWD unterstützt und durchgeführt werden. In diesem Augenblick lagen die Gewerkschaftsvorstände, um die Einzelheiten bei der Durchführung des Generalstreiks zu besprechen.

Es ist festgestellt worden, daß zwei neue Hunderttausender Schupo nach Düsseldorf gekommen sind. Es sind Hunderttausenden, die im Jahre 1921 bei der Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstandes beteiligt waren.

Bis jetzt liegen Meldungen vor über 20 Schwerverletzte, 3 Tote. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht zu überschauen. Die offizielle Bestätigung über die Zahl der Toten steht noch aus.

Düsseldorf, 15. November.

Nachdem die Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte den Generalstreik beschlossen hatte, fand eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände, der Vorstände der Parteien und der Streikenden statt. Es wurde eine Kommission zur Stadverwaltung gebildet, die mit den Unternehmern in Verbindung trat. Nachdem verschiedene Vorschläge gemacht worden waren, glaubte man eine Verhandlungsbasis gefunden zu haben. Die Unternehmer jedoch erklärten: Bevor wir in Verhandlungen eintreten, verlangen wir von den Gewerkschaften die Abgabe einer Erklärung, daß sie mit dem Streik nichts gemein haben. Sollten die Arbeiter nicht sofort in die Betriebe zurückkehren, dann würden sie mit der Generalausperrung antworten. Auf eine derartige Herausforderung mußten die Verhandlungen selbstverständlich abgebrochen werden. Nachdem die Kommission zur Sitzung zurückgekehrt war, hielt die kommunistischen Vertreter den Antrag, daß nunmehr auch die Gewerkschaften den Generalstreik proklamieren sollten. Dies wurde aber abgelehnt und ein anderer Antrag angenommen, wonach der bestehende Streik von den Gewerkschaften anerkannt wird und die Führung übernommen wird. Eine diesbezügliche Erklärung wurde heute morgen veröffentlicht.

Der Regierungspräsident Gruegnier erklärte, daß er das Vorgehen der Schupo billige. Sie habe ausdrücklich Befehl gehabt, die Versammlung auseinanderzutreiben. Wir stellen fest, daß die Versammlung von der Behörde bewilligt war und daß die Polizei und Herr Gruegnier kein Recht haben, eine Versammlung zu verbieten.

Die Behauptung, daß aus der Versammlung heraus geschossen worden sei, ist falsch.

Nach dieser Meldung haben die Gewerkschaftsvorstände den Generalstreik nicht proklamiert, sondern lediglich den bestehenden Streik anerkannt, der aber eine solche Ausdehnung angenommen hat, daß der Zustand des Generalstreiks tatsächlich besteht.

Das Unternehmertum provoziert weiter und droht mit Generalausperrung. Entgegenüber müssen die Streikenden einig und geschlossen bleiben, die Leitung zur Verschärfung des Kampfes zwingen, bis das Unternehmertum zur Zahlung menschenwürdiger Löhne gezwungen ist.

Im Abwehrkampf gegen den Vorstoß der Schwerindustriellen haben die freigewerkschaftlichen Betriebsräte Düsseldorfs die ungeheure Gefahr erkannt und einmütig die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses gefordert. Der Reichsbetriebsrätekonf. soll die Vorbedingung schaffen, damit der großen Koalition die Arbeiterregierung entgegengesetzt werden kann.

Die Gewerkschaftsfunktionäre Düsseldorfs forderten von der BSWD die Unterstützung der proletarischen Kontrollorgane, deren unbedingte Notwendigkeit heute, es täglich zu neuen Verzweiflungsausbrüchen der Gewerkschaften, durch den Preiswucher um ihren Reallohn bedingten Arbeitermassen kommt, von jedem Arbeiter un-

mittelbar empfunden wird. Solange die Kaufkraft des Papierlohnes den Arbeitern unter den Händen schwindet, kann keine Lohnzulage die Lage der Arbeiterich ist verbessern, muß um die Anerkennung der Kontrollausschüsse gekämpft werden.

Für die gesamte Arbeiterschaft haben die Ereignisse im Rheinland besondere Bedeutung, weil die Provokation der Berliner Metallindustriellen klar und deutlich zeigt, daß das Unternehmertum überall unmittelbar vor dem Vorschlagen steht. Durch Massenbeteiligung am Reichsbetriebsrätekonf. muß die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Ausdruck bringen, daß sie sich mit dem Düsseldorfer Proletariat solidarisch fühlt, daß sie erwilt ist, der Ausbeuterklasse die einzige Abwehrfront aller Arbeitenden entgegenzusetzen.

Wie das Blutbad inszeniert wurde.

Unser Düsseldorfer Bruderorgan, die „Freiheit“, gibt folgende eingehende Darstellung der ungeheuerlichen Düsseldorfer Vorgänge:

Gleichzeitig mit der Betriebsräte-Vollversammlung hatte der Ortsauschuh der revolutionären Betriebsräte in den Saal der Tonhalle eine Versammlung einberufen, um zum Streik Stellung zu nehmen. Als die Versammlungsbesucher gegen 9 1/2 Uhr vor der Tonhalle erschienen, fanden sie den Saal auf Befehl der Düsseldorfer Polizeibehörde abgeblockt. Die Polizeibehörde hat anstandslos alle Versammlungen, welche sich mit dem Wirtshaftigen Verhalten der Arbeiterschaft befaßt würden, genehmigt. Eine riesige Menschenmenge von 12000 bis 15000 Personen umlagerte die Tonhalle und drang endlich in den großen Saal ein, um die ordnungsgemäß angeordnete Versammlung abzuhalten. Abteilungen von blauen Schutzleuten forderten die Versammlungsteilnehmer auf, den Saal zu verlassen, mit der Begründung, die Versammlung sei verboten.

weil sie nicht von den freien Gewerkschaften einberufen sei.

Der Saal war gefüllt mit einer nach tausenden zählenden Menschenmenge. Bis auf die obersten Galerien standen die Reihen gedrängt dicht beieinander. Raum hatte der Versammlungsbesucher dem Kollegen keine das Wort gegeben, führten durch die hinteren Saaltüren bewaffnete Sipo ein. Der Versammlungsbesucher versuchte durch die Klingel die erregten Versammlungsbesucher zur Ruhe zu bringen. Die Grünen jedoch drängten sofort mit der blauen Waffe vor, schlugen wahllos auf die Versammlungsbesucher und die Teilnehmer ein, und als diese sich mit Stühlen gegen den Abstoß zur Wehr setzten,

soßen sie blindlings in den dichtgedrängten Menschenhaufen.

Die ungewaffneten Arbeiter sprangen durch die Fensterscheiben und durch jeden Ausgang in wilder Flucht hinaus. Wie viele Verwundungen durch Mißhandlungen und Schläge der Sipo, wie viele Verletzungen und Beinbrüche bei der Flucht passiert sind, ist bis zur Stunde noch nicht zu überschauen. Der Kampf setzte sich draußen auf der Straße fort. Die Schüsse hallten nur so in den Saal hinein, dessen Inneres jetzt einem Sauerbrunnen gleicht.

Der Vorwand, unter dem die Düsseldorfer Polizeiorgane die Versammlung streikender Arbeiter auflöste, ist so ungeheuerlich, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft zu den Vorgängen Stellung nehmen muß. Was geht es die Polizeiorgane der kapitalistischen Regierung an, wenn eine Versammlung einberufen ist, die sich mit dem wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft befaßt. Wenn die Leitungen der Gewerkschaften nicht die ganze Tradition der freigewerkschaftlichen Organisationen, die anfänglich gegen dieselbe Polizeivillkür zu kämpfen hatten, verleugnen wollen, so müssen sie sich dagegen wenden, daß die Polizei unter Berufung auf die Nichtbeteiligung der Gewerkschaftsinstanzen Arbeiterversammlungen verbietet und auseinanderreibt.

Die freigewerkschaftlichen Funktionäre Düsseldorfs haben als Antwort auf das Massaker und seine unerhörte Begründung den Generalstreik beschlossen. Sie haben damit die Sache der Streikenden zu der Sache der Gesamtarbeiterschaft gemacht, sie haben die Arbeiterschlächter der kapitalistischen Regierung darüber belehrt, daß die Meinungsverschiedenheiten im proletarischen Lager unter den Arbeitern selbst ausgetragen werden, und daß es die weißen Gardien der Ausbeuterklasse mit der gesamten Arbeiterschaft zu tun haben, wenn sie glauben, nicht freigewerkschaftliche Versammlungen mit Waffengewalt sprengen zu können.

Das Vorgehen der Polizei in Düsseldorf verstößt gegen die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit. Wir fordern Entlassung und Bestrafung der für das Blutbad verantwortlichen Polizeiorgane. Wir wissen wohl, daß die kapitalistische Regierung auf neue Bestätigen wird, daß die verfassungsmäßigen Garantien der Klassenbewußten Arbeiterschaft gegenüber aufgehoben sind.

Aber diese Erkenntnis muß den arbeitenden Massen zeigen, daß sie durch tätiges und entschlossenes Vorgehen ihre politische Macht erweitern und sich damit gegen die kapitalistischen Angriffe sichern müssen.

Ein Kabinett der Fachminister?

Der Reichspräsident Ebert beauftragte den Generaldirektor Cuno mit der Bildung des Reichskabinetts.

Berlin, 16. November.

Der Reichspräsident hat den Generaldirektor der Papag, Cuno, der der Deutschen Volkspartei sehr nahe steht, mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Cuno hat den Auftrag angenommen.

Es ist Pflicht aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihre Tätigkeit aufzufordern, auf die Bildung einer Arbeiterregierung hinzuwirken.

Faschistische

Umtriebe in Württemberg.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Stuttgart geschrieben:

„Die nationalistischen Wühlereien nehmen auch in Stuttgart immer drohende Formen an. So hingen in den letzten Tagen riesige Plakate an den Anschlagssäulen, auf denen nicht nur zu einer großen öffentlichen Versammlung eingeladen, sondern auch ganz unerbötlich eine Abkehr von den Grundätzen der Weimarer Verfassung gefordert wurde. Es war dasselbe Programm, das die Münchener Nationalisten gegen die jüdischen Volksgenossen aufgestellt hatten und in dem zu brutaler Gewalt gegen sie aufgefordert wird. Den Plakaten war noch die Ankündigung eines Extrazuges angefügt, der am 11. November nach München abgehen sollte, was allerdings nicht zur Ausführung kommt. Es zeugt von einer ungewöhnlichen Selbstsucht (!) der Stuttgarter Arbeiterschaft, daß diese herausfordernden Ankündigungen unbeschädigt bleiben.“

Die Versammlung selbst war überfüllt. Als Redner trat ein Herr Esser aus München auf. Es wurde das national-sozialistische Lastauto mit dem aufgebauten Galgen, an dem wohl Juden baumeln müssen, mit geradezu bildhafter Anschaulichkeit vor Augen geführt, der „gestorbene“ Rathenau als Räuber bezeichnet, der, wenn man ihn noch länger hätte leben lassen, noch zu den Bolschewisten gegangen wäre.

Diese ganzen Umtriebe sind hier in Württemberg unbeanstandet geblieben. Der Minister des Innern ist sich nicht dem Verdacht aussetzen, als schränke er die öffentlichen Freiheiten ohne Not ein.“

In der württembergischen Regierung sitzt auch ein Sozialdemokrat.

Und das sagt alles.

Französische Urteile über Stinnes und die SPD.

Der gut orientierte Berliner Korrespondent des „Temps“ macht seinem Blatt die folgenden charakteristischen Mitteilungen über die politische Lage in Deutschland: Die Regierung von morgen, reaktionär und plutokratisch, wird Birch beieitigen, (was bereits zugehen ist. Die A. d.) Aber sie scheint sich den Vorstand der B. reinigten Sozialdemokratischen Partei, die ihr als Schuldigen eine Rekonstruktion des Proletariats dienen wird. Die Weltsozialisten mit dem Reichspräsidenten Lobe an der Spitze versprechen, auf den Achtundzestag im Interesse des Vaterlandes zu verzichten. Stinnes hat den Gewerkschaften befohlen, auf die Feier des 9. November, des Jahrestages der deutschen Revolution, zu verzichten. Die Gewerkschaften, eingeschüchtert durch die Reaktion und durch die beunruhigenden Gerüchte aus München, haben sich entschlossen, nicht zu feiern. Die Proteste der Kommunisten erscheinen ihnen weniger fürchtbar als die Drohungen der bayerischen Faschisten.





